



Rechte und Arbeit jenseits der Krise

Der XVI Kongress der CGIL findet mitten in der größten wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Krise seit 1929 statt. Das ist die erste wirklich weltweite Krise, die auch mit einer globalen Umweltproblematik zusammenfällt, bei der das ökologische Gleichgewicht des gesamten Planeten aus dem Lot gerät.

Zahlreiche Wirtschaftsexperten und internationale Institutionen haben die Ursachen, Abläufe und verantwortlichen Urheber dieser Situation beleuchtet, die unsere Zukunft und vor allem jene der künftigen Generationen belasten wird. Darüber hinaus werden das politische Gleichgewicht und die weltpolitische Ordnung durch eine neue internationale Arbeits- und Machtverteilung tief greifend verändert.

Nach Ansicht der CGIL besteht ein grundlegender Faktor dieser Krise darin, das in den reichen Ländern die Ungleichheiten steigen, weil zunehmend mehr Geld von Löhnen und Gehältern in Richtung Profite verschoben und von dort aus in Finanzprodukte investiert wird, während wir in den Entwicklungsländern vor einer Einschränkung der internen Nachfrage stehen. Auf diese Weise werden immer größere Summen von Finanzmitteln der globalen Nachfrage entzogen.

Die Lockerung der Währungspolitik, die Bildung einer immer größeren Liquidität und die Stimulierung des Konsums durch Anreize zur Verschuldung der Konsumenten (was mit einer mangelhaften Regelung und Transparenz von Finanzprodukten einhergeht) haben die Weltwirtschaft in eine ausweglose Situation getrieben. Die Krise der Finanzmärkte, der Banken und Versicherungen hat sich in der Tat sehr schnell auf die reale Wirtschaft ausgeweitet, wobei die internationale Nachfrage und die Produktion von Waren und Dienstleistungen zusammengebrochen sind und die Arbeitslosigkeit fortwährend gestiegen ist.

Glücklicher Weise hat im Unterschied zu 1929 die konzertierte Aktion der Regierungen beigetragen, die schlimmsten Auswirkungen der Finanzkrise zu verringern und einzudämmen. Zu diesem Zweck wurde bis heute unvorstellbare Summen von öffentlichen Geldern investiert, während andere, weitaus geringere Summen im sozialen Bereich für Schutzmaßnahmen zur Abfederung und Stützung des Lohneinkommens verwendet wurden. Wer die Theorie der Selbstregulierung und der Vorrangstellung des Marktes vertreten hatte – und von der Ungleichheit als Triebfeder des Wirtschaftswachstums überzeugt war – hat nun die unersetzliche Rolle des Staates und der öffentlichen Gelder entdeckt und die vielen ungleich Großen sind plötzlich absolut gleichgestellte Mitbürger geworden, als es darum ging, enorme Geldmittel zur Rettung des Systems aufzutreiben!

Darin ist die Krise, die wir gegenwärtig durchmachen, auch eine Krise der moralischen Werte.

Nun hat das Problem, das sich allen stellt, außerordentliche Ausmaße angenommen. Wie soll man einen neuen Entwicklungsweg einschlagen ohne in die Widersprüche und Gleichgewichtsstörungen zurückzufallen, die es vorher gegeben hat? Was soll man tun, um zu vermeiden, dass die enorme Staatsverschuldung die Zukunft der Welt und der kommenden Generationen belastet, und zwar mit geringeren Investitionen, einem geringeren Einkommen, weniger Arbeitsplätzen, schwächeren sozialen Leistungen, einem bescheideneren Gesundheitswesen und weniger Mittel für die öffentliche Schule? Welche Art von Produktion, Forschung und Innovation ist anzustreben, um ein Wachstum zu erzielen ohne die Umwelt zu konsumieren oder das Weltklima aus dem Gleichgewicht zu bringen und um zu vermeiden, dass sich die zukünftigen Konflikte und Zusammenstöße nicht mehr um die Kontrolle von Energiequellen und Rohstoffen, sondern um Allgemeingüter wie Land, Wasser und Nahrungsmittel drehen?

Jede epochale Krise birgt auch Faktoren der Veränderung in sich. Alle die glauben, sie könnten wieder in eine Welt zurückkehren, in der sie vorher waren, hängen grundlos einer Illusion nach. Und gäbe es einen Grund dafür, würde dies zu neuen Krisen und Widersprüchen führen.

Heute drängt sich eine Veränderung auf, die wie alle Veränderungen unterschiedliche soziale und moralische Auswirkungen haben und unterschiedliche Wertvorstellungen mit sich bringen kann.

Die Herausforderung für die CGIL und die Gewerkschaften Europas und der Welt – die von einer Krise geschüttelt werden, die sich im Laufe der letzten 20 Jahre aufgestaut hat – besteht darin, der Veränderung den Stempel einer tief greifenden und allgemeinen Erneuerung der Zielsetzungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Vorstellung von der Gesellschaft und bei der Zusammenarbeit und Regulierung der internationalen Interessen aufzudrücken.

Innerhalb dieses Bereichs müssen die Arbeit, ihr Wert und die Chancengleichheit – als Kampf gegen Ausgrenzung und Armut und für gleiche Rechte unter modernen Staatsbürgern – wieder in den Mittelpunkt gerückt werden und in der Politik Allgemeingültigkeit erlangen. In diesem Lichte, glauben wir, müssen auch die Rahmenbedingungen diskutiert werden, die für den Begriff der Wertschöpfung selbst und für das Wirtschaftswachstum eines Landes zu gelten haben, angefangen bei der Infragestellung des Begriffs des Bruttosozialprodukts.

Der XVI Kongress der CGIL

setzt sich zum Ziel im Kontext dieser außergewöhnlichen Lage eine demokratische Massendiskussion in Gang zu setzen, wo die Lage der Personen, die wir vertreten mit den Perspektiven dieser Veränderung ausdrücklich in Verbindung gebracht wird. Das bedeutet, dass ein Horizont geschaffen wird, wo Tag für Tag Lösungen für die vielen und schwerwiegenden Probleme gefunden werden können: Für jene die in Lohnausgleich sind oder auf den Mobilitätslisten stehen; für die vielen Entlassenen, die ohne Arbeit und Einkommen dastehen; für das Prekariat, das zuerst die Arbeit verloren hat; für die Nicht-Beschäftigten des Südens; für junge Frauen und Männer, die keine konkrete berufliche Perspektive haben; für die alten Menschen und Rentner, die in Krisenzeiten eine Hilfe für viele Familien sind und waren und auf eine Antwort auf die seit langer Zeit gestellten Fragen warten, um alte und neue Fälle von Armut und Ausgrenzung bewältigen zu können; für die Einwanderer und jene, die aus nicht akzeptablen Gründen keine reguläre Aufenthaltsgenehmigung erlangt haben, für jene welche die Arbeit verloren haben und daher auch die Berechtigung im Lande zu bleiben; und auch für jene, die studiert haben, fähig sind und Talent haben, aber außerhalb von Italien Forschungsprojekten nachgehen, wodurch – nicht durch ihr Verschulden – unsere Forschung und unsere Universitäten ärmer gemacht werden.

Die CGIL hält die

von der Berlusconi-Regierung ergriffenen Anti-Krisen-Maßnahmen für unangemessen. Im Unterschied zu allen anderen Ländern Europas und der Welt hat Italien sein strategisches Hauptgewicht auf die Eindämmung der Staatsverschuldung gelegt. Der Konsum wurde nicht gestützt und die Besteuerung der Löhne, Gehälter und Renten nicht gesenkt. Investitionen in Sektoren mit antizyklischen Funktionen wurden nicht begünstigt. Auch die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen wurde durch keinerlei industriepolitische Maßnahmen und Eingriffe zur Rettung von Betrieben und Arbeitsplätzen in Italien gefördert.

Mehr noch: Dem italienischen Süden, dem Gesundheitswesen, der Schule und den Universitäten wurden Mittel entzogen. Die Regierung hat öffentliche Bereiche gesetzlich zentralisiert ohne auf Effizienz und echte Reformen zu setzen; sie hat schwerfällige Infrastrukturen von zweifelhaftem Nutzen leichteren und notwendigen Eingriffen vorgezogen, angefangen bei Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Bonifizierung bestimmter Gebiete bis hin zur Sicherung erdbebengefährdeter Gegenden und dem Bau von Schulen. L'Aquila und Messina sind kein Ergebnis fataler und unvorhersehbarer Ereignisse!

Und schließlich hat diese Regierung in Europa und in der Welt keine nennenswerte Rolle gespielt, so dass das Image des Landes heute schwer beschädigt ist. Diese Regierung hat keine Beteiligung, keine Gespräche und keine Vereinbarungen mit den Regionen, Provinzen und Gemeinden gesucht und auch keine Gespräche oder Krisenbesprechungen mit den sozialen Kräften geführt. Anstatt auf eine Reform des Verhandlungssystems hinzuarbeiten, hat sie Spaltungen unterstützt.

Deshalb ist das Land einer Krise ausgesetzt, die folgende Ausmaße aufweist: Der Rückgang des BIP von 2008 und 2009 gehört zu den weltweit umfangreichsten und die Staatsverschuldung ist auch aus diesem Grunde wieder gestiegen. Sogar unter dem Gesichtspunkt der Wertvorstellungen und Ethik im öffentlichen Leben macht das Land schwere Zeiten durch. Es gibt institutionelle Konflikte, die Missachtung von Rechtsvorschriften, Angriffe auf die Pressefreiheit und auf die kulturelle Entwicklung und eine systematische Verschleierung der Realität und ihrer Darstellung.

Wir haben es auch mit einem moralischen Niedergang zu tun und für junge Menschen kommt hinzu, dass ein großer Riss zwischen ihrer Zukunft und der Welt der Arbeit entstanden ist.

Aber nicht alle Verspätungen und Probleme gehen zu Lasten dieser Regierung und dieser Mehrheit, die schließlich die Wahlen auch gewonnen hat, weil Spaltungen und Lähmungen die von Romano Prodi geleitete Regierung zu Fall gebracht hatten. Ihr haftet eine Politik der zwei Zeiten an, was die wirtschaftliche Sanierung und die steuerpolitische Umverteilung anbelangt, was schließlich den Erwartungen eines Großteils der Arbeiterschaft nicht entsprochen hat.

Aber die Herausforderungen, vor denen Italien und Europa stehen, erfordern gerade von der Mitte-Rechts-Regierung den Beweis, dass sie trotz allem imstande ist, eine glaubwürdige wirtschafts- und steuerpolitische und soziale Alternative anzubieten, oder ob sie weiterhin konzeptlos weiterrudert, die Ungleichheiten vergrößert, die territorialen Unterschiede ausdehnt und alte Rezepte und Schablonen weiterverfolgt.

Vor derselben Entscheidung stehen auch die Betriebe in Italien. Mit der Verabschiedung des Separatabkommens hat sich der Unternehmerverband (Confindustria) der Pflicht entzogen, neue Regeln mit allen Gewerkschaftsorganisationen zu vereinbaren, um die Krise und deren Folgen für die Beschäftigten und die Betriebe einheitlich zu bewältigen. Es handelt sich dabei um einen historischen Bruch, der zu einer getrennten Unterzeichnung des Kollektivvertrages der Metallarbeiter geführt hat. Regeln die ohne Zutun der CGIL und ohne die Mitsprache und Zustimmung der Belegschaften aufgestellt werden, schränken die Verhandlungshoheit der einzelnen Vertragspartner und den Verhandlungsspielraum insgesamt ein, während man auf ein korporativistisches Geleise und „selbsternannte“ Verhandlungsbefugnisse zusteuert.

Die CGIL wir sich mit aller Kraft gegen eine solche Perspektive stemmen um neue Regeln, neue Kollektivverträge und eine gewerkschaftliche Praxis durchzusetzen, die durch und durch demokratisch ist und dem Wesen eines Gewerkschaftsbundes entspricht. Auch angesichts der Krise sind die Betriebe in Italien dazu aufgerufen, neue Wege zu gehen und nicht auf alten Pfaden zu beharren, die dazu geführt haben, die Wettbewerbsfähigkeit über eine Reduzierung der Kosten und eine Schmälerung der Rechte anzustreben, auf geringere Investitionen für Forschung und Innovation zu setzen, sich auf Gebiete mit sicheren Gewinnaussichten zurückzuziehen und die Konkurrenz niedrig zu halten. Das alles hat zu einem Niedergang im Lande geführt.

Der Vorschlag, der auf dem XVI. Kongress

gemacht wird, dreht sich um folgende Schlüsselstelle: Die Arbeiterschaft und das Land müssen die Kurve kriegen, die Veränderung gestalten, die Rechte zurückerobern und ausbauen, Reformen, Einkommen und Beschäftigung in den Griff kriegen. Man muss wieder zur Idee der Einbeziehung und der Einheit des Landes zurückfinden und die Grundwerte unserer Verfassung wieder entdecken, vom Thema der Arbeit bis zum Frieden. Es braucht ein alternatives Konzept zu Entwicklung und Wirtschaftspolitik und eine hohe und moderne Auffassung von der Gleichheit aller Bürger. Man muss die Anteilnahme und Demokratie verteidigen und ausdehnen; die Arbeit im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft zusammenführen – und nicht gegeneinander ausspielen; eine Umverteilung der Mittel zu Gunsten der arbeitenden Menschen und Rentner/Innen vornehmen, wobei Renditen und Vermögenswerte besteuert werden und die Steuerhinterziehung eingedämmt wird, der vorerst mit dem schändlichen Steuerschutzschild begegnet wurde; die Vertragsmacht muss im Rahmen neuer Regeln für die Verhandlungen zum Abschluss von Kollektivverträgen und für Verhandlungen auf der zweiten Ebene wieder zurück gewonnen werden; eine echte soziale Mobilität, die heute in einer korporativen Zwangsjacke steckt, muss wieder ermöglicht werden; Privilegien die an Reichtum und Vermögen geknüpft sind, müssen beseitigt werden, während persönliche Fähigkeiten und Kompetenzen zu honorieren sind. Das Prekariat muss überwunden werden, ebenso die Zersplitterung der Verträge, der Kosten und Rechte und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss das Mitspracherecht mit der Möglichkeit über Abkommen und Verträge abzustimmen zu können wieder zurückgegeben werden.

Der XVI. Kongress der CGIL

bietet die Gelegenheit, Vorschläge zur Veränderung anderen (der Regierung, den Betrieben, den Institutionen) zu unterbreiten und zugleich auch über uns, die CGIL, nachzudenken: Über das was wir bereits getan haben, über das was man tun muss, um es besser zu machen, und über unsere

eigenen Neuerungen. Die Organisationskonferenz, die Programmversammlung und die Revision des Grundsatzprogramms sind wichtige Bezugspunkte für die Kongressdebatte. Das Vertrauen, das wir genießen, die positiven Ergebnisse bei der Mitgliederwerbung und bei den Wahlen der betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen dürfen uns nicht den Blick verstellen, wenn es um die Schwierigkeiten geht, die wir haben, um Lösungen zu finden, die es uns ermöglichen, unserer großen Verantwortung besser gerecht zu werden.

Wir müssen jegliche Vereinfachung vermeiden, jegliche Verlockung zur

Selbstgerechtigkeit und wir dürfen unsere Wünsche nicht mit der Wirklichkeit verwechseln. Wir dürfen nicht müde werden, für neue Probleme neue Lösungen zu suchen. Wir müssen für die Ausdehnung unserer Konsensbasis und für neue Bündnisse arbeiten, gerade weil man uns in eine Ecke abschieben will. Deshalb stellen alle unsere Gliederungen und unsere Identität einen Reichtum dar, ein Vermögen, das die Bündniskraft der CGIL steigert.

Wir wenden uns wie immer auch an die CISL und die UIL. Die einheitlichen Beziehungen haben in den letzten Monaten einen tiefen Riss erlitten. Die Sache mit dem Verhandlungsmodus war für sich selbst und wegen der Folgen wie beim Kollektivvertrag der Metallarbeiter das schwerwiegendste Ereignis, aber nicht das einzige. Wir sind alle gefordert darüber nachzudenken, wir von der CGIL aber auch die anderen Gewerkschaftsbünde, die sich entscheiden müssen, ob sie den eingeschlagenen Weg weiter gehen wollen, der eigentlich ein alter Weg ist, der zu einer Schwächung der Arbeiterschaft, ihrer Verhandlungsautonomie und der Einigkeit führt, oder ob sie gewillt sind, ein neues Kapitel aufzuschlagen, wo Demokratie und Pluralismus in den Mittelpunkt gestellt werden, eine neue Phase beginnt und Spaltungen und Gegensätzlichkeiten überwunden werden.

Der XVI. Kongress ist aufgerufen, die Bereitschaft der CGIL zu bestätigen, in diesem Sinne zu arbeiten, den Bruch nicht als unüberwindlich zu betrachten, aber auch die tief liegenden Unterschiedlichkeiten in Sachfragen nicht zu unterschätzen, die unter den drei Gewerkschaftsbünden aufgetreten sind. Diese Herausforderung ist unter den vielen Problemen, die wir vor uns haben vielleicht die schwierigste, aber aus vielerlei Gründen auch die entscheidende, weil die Gewerkschaftsdemokratie nun einmal zu den Grundlagen eines demokratischen Landes gehört. Es ist wie schon Giuseppe Di Vittorio schrieb: „Die Arbeiterklasse ist Demokratie und Staat zugleich.“

Die zehn grundsätzlichen Vorschläge des XVI. Kongresses

1. Die Idee der republikanischen Verfassung Italiens, seiner Einheit und Einbindung in Europa und die Grundsätze seiner Gründung bestätigen, nämlich die Verfassung von 1948 (vom Artikel 1 bis zur Verteidigung des institutionellen Gleichgewichts, der Staatsmacht und des Friedens). Diese Verfassung und ihre Grundsätze und Wertvorstellungen werden von der CGIL weiterhin verteidigt. Daher Nein zu jeder ethnischen, territorialen und sozialen Diskriminierung.
2. Die Idee der Demokratie als aktive und bewusste Beteiligung, Mitsprache und Selbstbestimmung stärken. Die Demokratie am Arbeitsplatz (Abstimmungen, Mandate, Vertretung) ist ein grundlegender Bestandteil der Demokratiefrage in Italien, auf deren Grundlage auch die Einheit der Gewerkschaften wieder aufzubauen ist. Die Ausdehnung von Beteiligung und Mitsprache und die Förderung des Wissens sind das wirksamste Mittel gegen Populismus, Massendemagogie, Einschränkung der Pressefreiheit und selbsternannte Machträger.
3. Ein „anderes Land“ aufbauen als das gegenwärtig bestehende, das in der Lage ist, die Krise zu bewältigen und die Veränderungen zu leiten, wo Sachkenntnis, Forschung und Innovation im Mittelpunkt stehen, der territoriale Dualismus überwunden wird und zwischen der Inlands- und Auslandsnachfrage wieder ein Gleichgewicht hergestellt wird. Das alles setzt eine soziale Qualifizierung und Neuorientierung der Investitionen im Netz

und bei den öffentlichen Diensten voraus, einen Umstrukturierungsplan, Umweltforschung und Umweltverträglichkeit, einen Landschaftsschutz für Wohnsiedlungen, Schulen und Landschaft und die Bekämpfung der Mafia, weil es ohne soziale Gerechtigkeit keine Lösungen für die Umweltprobleme gibt, wie der EGB schreibt. Die Politik für den italienischen Süden ist ein wesentlicher Bereich des „Staatsprojektes“ und erfordert öffentliche und verantwortungsbewusste Eingriffe und Orientierungsmaßnahmen im Bereich der Infrastrukturen und der Spezialisierung der Produktion, sowie in der Kreditpolitik.

4. Die Ungleichheiten abbauen: Zwischen den Generationen, den Geschlechtern, bei Wissen und Kompetenzen, bei der Einkommensverteilung, bei der sozialen Eingliederung (einschließlich der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung), beim Gesundheitswesen und im Ernährungsbereich. Die aktive Gestaltung des Alt-Werdens fördern, Einkommen und Würde verteidigen.
5. Den Bruch zwischen den jungen Menschen und ihrer Zukunft in der Welt der Arbeit, im Vorsorgebereich und im Bildungswesen ausglätten. Ausbildungsverträge durch Fördermaßnahmen verallgemeinern, die zu stabilen Arbeitsverhältnissen mit unbefristeten Arbeitsverträgen führen. Dafür sorgen, dass durch das Beitragssystem und auch durch steuerpolitische Maßnahmen Renten garantiert werden, die nicht weniger als 60 % der letzten Entlohnung ausmachen.
6. Die Arbeit im Öffentlichen Dienst kulturell, sozial und gewerkschaftlich mit der Arbeit in der Privatwirtschaft zusammenführen und den Versuch der Regierung, die beiden Bereiche gegen einander auszuspielen, überwinden und für einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienst eintreten, der dem Bürger gegenüber mit Verantwortung und wirksam im Rahmen einer echten Reform der Öffentlichen Verwaltung erledigt wird, für die Universalität der Rechte sorgt und neue Organisationsformen entwickelt.
7. Die soziale Abfederung universell und ohne Differenzierung je nach Typologie der Arbeit, des Betriebes und der Betriebsgröße reformieren. Angesichts der lang anhaltenden Krise ist das Problem der Dauer der Arbeitslosenunterstützung, des Lohnausgleichs und der Höchstgrenzen desselben zu lösen. Auf die prekär Beschäftigten eingehen und das unbefristete Arbeitsverhältnis wieder in den Mittelpunkt stellen. Die Entlassungen aufhalten. Von der Regierung ein anderes Verhältnis zu den Problemen der Krise in den Betrieben, den einzelnen Gegenden und Sektoren und eine echte gesamtstaatliche Industriepolitik verlangen. Vermeiden, dass im Laufe des Abklingens der Krise wieder mehr unsichere Arbeitsverhältnisse ohne Stabilität und rechtliche Absicherung entstehen, während die Betriebe Kosten einsparen. Die Aktion und die Mobilisierung durch die CGIL zur Reform und Vereinheitlichung des Arbeitsmarktes wieder aufnehmen und die Kampagne für lebenslanges Lernen fortsetzen.
8. Für Löhne, Gehälter und Renten die Steuern senken, den Kampf gegen Steuerhinterziehung und –Vermeidung verstärken und die Finanzrenditen und großen Vermögenswerte besteuern. Die erste Steuerstufe bei der Einkommenssteuer (IRPEF) bei 20 % festlegen, die Steuerabsetzbeträge anheben und die gesamtstaatliche Einkommensverteilung mit Hilfe von Steuermaßnahmen, Kollektivverträgen und sozialen Vereinbarungen im Ausmaß von mindestens 2 BIP-Punkten zu Gunsten der Arbeitnehmer/Innen und Rentner/Innen ausgleichen.
9. Neue Verhandlungsabläufe beim Abschluss von Kollektivverträgen zurückgewinnen, neue Regeln vereinbaren, so dass niemand ohne Kollektivvertrag arbeiten muss. Neue Verträge im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft abschließen, wo die Logik der gewerkschaftlichen Solidarität gilt; die Verhandlungen auf der zweiten Ebene ausdehnen, Lohnerhöhungen durchsetzen, die Arbeitsbedingungen, angefangen bei der Sicherheit am Arbeitsplatz mitbestimmen. Strenge Einhaltung der Vertretungsdemokratie und

Abstimmung der Arbeitnehmer/Innen über Vereinbarungen, die zu einem ständigen Thema einer großen zivilen, gewerkschaftlichen, politischen und parlamentarischen (Gesetzgebung) Kampagne gemacht werden. Den Kampf der Metallarbeiter und aller anderen unterstützen, die vom Separatabkommen betroffen sind. Sich für eine positive Zweiseitigkeit einsetzen, die der Verhandlungstätigkeit dient und nicht für die korporativistischen Absichten des Sozialstaates eingespannt wird. Die Gespräche und Verhandlungen über die sozialen Anliegen auf Gebietsebene unterstützen und den Bedürfnissen und Rechten der Bürger im Rahmen der Verbesserung des Sozialsystems entgegenkommen.

10. Die Einwanderungsformalitäten reformieren und den Aufenthalt der Einwanderer legalisieren, die bereits die Voraussetzungen dafür besitzen und einer Arbeit nachgehen. Die Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht für die Verwaltungsorgane soll auch in Italien mit der Geburt erworben werden. Das Recht auf Asyl verteidigen und das Bossi-Fini-Gesetz für jene aussetzen, die den Arbeitsplatz verlieren. Alle Richtlinien der UNO-Resolution anwenden und den Tatbestand des illegalen Aufenthalts aus dem Strafgesetz entfernen.

Diese Vorschläge und Herausforderungen erinnern uns an das, was wir sind, und erfordern immer eine Aktion und eine Übernahme von Verantwortung, die mit unserer eigenen Veränderung übereinstimmen. Wir müssen unsere Aktion verstärken, die Verwurzelung und die Erneuerung der CGIL, ihren Pluralismus und ihre gestalterische Autonomie ausbauen. Jegliche Einigelung und Selbstgenügsamkeit überwinden, den sozialen Horizont erweitern – im Rahmen auch institutioneller Bündnisse – im Interesse und mit der Bereitschaft für ein Projekt, das geeignet ist, den Verfall des Landes aufzuhalten und eine neue Zeit demokratischer Rechte einzuleiten. Es gibt viele Schwierigkeiten und auch eigene Verspätungen. Das gilt für uns genauso wie für die Gewerkschaften Europas und der Welt. Die Lösung kann aber nicht in einem Rückzug auf die „Betriebsebene“ oder im Korporativismus gesucht werden.

Die CGIL ist ein großer einheitlicher Gewerkschaftsbund und muss es auch bleiben.

DAS KONGRESSDOKUMENT

“RECHTE UND ARBEIT JENSEITS DER KRISE”

WURDE VON FOLGENDEN MITGLIEDERN DES GESAMTSTAATLICHEN VORSTANDES DER CGIL UNTERZEICHNET:

Guglielmo Epifani • Paola Agnello Modica • Susanna Camusso • Fulvio Fammoni • Vera Lamonica • Agostino Megale • Enrico Panini • Morena Piccinini • Fabrizio Solari • Clara Aldera • Barbara Apuzzo • Mimma Argurio • Francesca Artista • Renata Bagatin • Daniela Barbaresi • Danilo Barbi • Nino Baseotto • Francesco Battiato • Franco Belci • Maria Bergamin • Giacomo Berni • Patrizia Bernieri • Mauro Beschi • Anna Bonanomi • Giacinto Botti • Kalid Bouzyan • Augustin Breda • Maria Brigida • Marco Broccati • Ivana Brunato • Anna Bucari • Paolo Burli • Cesare Caiazza • Alfonsina Caiazzo • Maurizio Calà • Donata Canta • Carla Cantone • Giuseppe Casadio • Giovanni Cazzato • Emidio Celani • Simona Cervellini • Celina Cesari • Franco Chiriaco • Francesco Coghene • Pietro Colonna • Ivano Corraini • Vincenzo Costa • Stefania Crogi • Domenico D’Aurora • Nina Daita • Adriana Dantas Cabral • Luigina De Santis • Katia Della Rocca • Rossana Dettori • Claudio Di Bernardino • Gianni Di Cesare • Angela Di Tommaso • Sonia Dosti • Fausto Durante • Giuseppe Errico • Maurizio Fabbri • Walter Fabiocchi • Abdou Faye • Valeria Fedeli • Donata Ferrari • Aurora Ferraro • Giovanni Forte • Donatella Frezzotti • Mauro Fuso • Ivana Galli • Sergio Genco • Carlo Ghezzi • Anna Giacobbe • Alessio Gramolati • Teresa Granato • Michele Gravano • Giulia Guida • Lin Hu Xiao • Donata Ingrassia • Selly Kane • Maurizio Laini • Beniamino Lami • Emanuela Latini • Betty Leone • Piero Leonesio • Vanna Lorenzoni • Alessandra Macci • Merida Madeo • Dora Maffezzoli • Emanuel Maffi • Mariella Maggio • Michele Mangano • Elisabetta Marchetti • Manlio Mariotti • Nicola Marongiu • Franco Martini • Paolo Mati • Cesare Melloni • Marinella Meschieri • Emilio Miceli • Marinella Migliorini • Erminia Mignelli • Raffaele Minelli • Renzo Miroglio • Andrea Montagni • Alberto Morselli • Francesco Mungari • Franco Nasso • Nicola Nicolosi • Domenico Pantaleo • Gian Paolo Patta • Ivan Pedretti • Carla Pellegatta • Antonio Pepe • Sergio Perino • Antonella Pezzullo • Saverio Piccione • Donato Pivanti • Livia Potolicchio • Jamal Qaddorah • Bruno Raccio • Onorio Rosati • Rossano Rossi • Lucia Rossi • Giancarlo Saccoman • Lucio Saltini • Alfio Savini • Walter Schiavella • Elena Schifino • Maria Sciangula • Vincenzo Scudiere • Papa Seck • Luigi Servo • Lorenzo Sola • Serena Sorrentino • Manuela Taratufolo • Riccardo Terzi • Patrizio Tonon • Italo Tripi • Filomena Trizio • Angelo Vaccaro • Gianni Venturi • Emilio Viafora • Claudio Viale •